

BUNDESKANZLERAMT

GZ 61.054/1-VI/13/88

Dem
Präsidium des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zi.	62 GE 9 88
Datum:	12. SEP. 1988
Verteilt:	16.8.1988 Roms

H. Porzinger

mit Beziehung auf das Rundschreiben des Bundeskanzleramtes vom 21. Dezember 1961,
Zl. 94.108-2a/1961, zur gefälligen Kenntnis.
25 Mehrexemplare der ho. Stellungnahme liegen bei.

30. August 1988

Für den Bundesminister

für Gesundheit und öffentlicher Dienst:

F r i t z

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

P. H. H. H.



**REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT**

A-1031 Wien,
Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 58
Teletex: 322 15 64 BKAG
DVR: 0000019

GZ 61.054/1-VI/13/88

An das
Bundesministerium für Umwelt,
Jugend und Familie

Mahlerstraße 6
Postfach 10
1015 Wien

zu GZ. 23 0102/1-II/3/88

Sachbearbeiter

Hausreither

Klappe/Dw

4114

Ihre GZ/vom

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Familienlastenausgleichsgesetz 1967
geändert wird;
Begutachtungsverfahren

Das Bundeskanzleramt - Sektion V (Volksgesundheit) teilt mit, daß gegen den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, aus der Sicht des Wirkungsbereiches des Ressorts keine Bedenken bestehen. In die vorliegende Novelle sollte jedoch auch eine Änderung des § 32 Abs. 5 leg.cit. zur Sanierung der der gesetzlichen Grundlage entbehrenden Ausnahmeregelung für den Entfall von Untersuchungen in der Verordnung über die Festlegung der ärztlichen Untersuchungen zur Erlangung der erhöhten Geburtenbeihilfe und der Sonderzahlung sowie über den Mutter-Kind-Paß, BGBl.Nr. 663/1986, aufgenommen werden (vgl. z.B. § 2 der zitierten Verordnung).

25 Ausfertigungen der Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

30. August 1988
Für den Bundesminister
für Gesundheit und öffentlicher Dienst:
F r i t z

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

**REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT**

A-1031 Wien,
Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 58
Teletex: 322 15 64 BKAG
DVR: 0000019

GZ 61.054/1-VI/13/88

An das
Bundesministerium für Umwelt,
Jugend und Familie

Mahlerstraße 6
Postfach 10
1015 Wien

zu GZ. 23 0102/1-II/3/88

Sachbearbeiter

Hausreither

Klappe/Dw

4114

Ihre GZ/vom

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Familienlastenausgleichsgesetz 1967
geändert wird;
Begutachtungsverfahren

Das Bundeskanzleramt - Sektion V (Volksgesundheit) teilt mit, daß gegen den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, aus der Sicht des Wirkungsbereiches des Ressorts keine Bedenken bestehen. In die vorliegende Novelle sollte jedoch auch eine Änderung des § 32 Abs. 5 leg.cit. zur Sanierung der der gesetzlichen Grundlage entbehrenden Ausnahmeregelung für den Entfall von Untersuchungen in der Verordnung über die Festlegung der ärztlichen Untersuchungen zur Erlangung der erhöhten Geburtenbeihilfe und der Sonderzahlung sowie über den Mutter-Kind-Paß, BGBl.Nr. 663/1986, aufgenommen werden (vgl. z.B. § 2 der zitierten Verordnung).

25 Ausfertigungen der Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

30. August 1988
Für den Bundesminister
für Gesundheit und öffentlicher Dienst:
F r i t z

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung: